

Israelreport 4 | 2010

Das Magazin von Israelnetz. Berichte und Hintergründe aus Israel und dem Nahen Osten



Der Streit um die Friedensflotte

Editorial

Sind wir verführbar?

Liebe Leser,

im Rückblick auf die „Free Gaza“-Friedensflotille beunruhigt mich nicht, dass der Iran oder die Türkei einen Anspruch auf Vorherrschaft im Nahen Osten durchzusetzen suchen. Dass Palästinenser ihr Anliegen vorantreiben und Israelis ihre Sicht der Dinge darzulegen suchen, ist vollkommen legitim. Aber warum müssen wir als Europäer, als Deutsche, als Christen immer gleich automatisch – quasi reflexdominiert oder adrenalangesteuert – auf eines der vorbeigaloppierenden Propagandapferde aufspringen? Warum ordnen wir, ohne lange prüfen zu müssen, jede Äußerung, jede Darstellung von Abläufen, jede Berichterstattung gleich als „pro-palästinensisch“ oder „pro-israelisch“ ein – um dann zu suggerieren, dass man notgedrungen und alternativlos Partei für eine der beiden Seiten ergreifen müsse?

Während Journalisten, Politiker und Sicherheitsexperten noch daran arbeiteten, ein klares Bild von den Vorgängen in den frühen Morgenstunden des 31. Mai 2010 zu bekommen, schien man in Europa nicht nur zu wissen, was passiert war, sondern man war sich auch vollkommen darüber im Klaren, wer verantwortlich, wer schuldig ist. Unversehens segelten ganze Völker und Kirchen im Kielwasser eines Schiffes, das von Islamisten geführt war. Vielleicht war der Steuermann gar der Al-Qaida verpflichtet?! Die Entschuldigung von mitreisenden Bundestagsabgeordneten, „Wir haben nicht gewusst...“, klingt verdächtig dünn und gleicht im Rückblick auffallend den Entschuldigungen von vielen vermeintlich unschuldigen Deutschen vor etwas mehr als einem halben Jahrhundert.

Es geht vorrangig nicht um die Frage, wer im östlichen Mittelmeerraum Recht oder Unrecht hat. Ich denke, dass jeder von uns das Recht auf eine korrekturbedürftige Äußerung oder gar falsche Meinung haben sollte. Aber: Müssen wir immer im Windschatten einer Ideologie segeln? Brauchen wir immer einen, der uns den Marsch bläst und vorschreibt, wohin es im Gleichschritt zu gehen hat? Warum darf man nicht aus der Rei-

he tanzen, mit Fragen, mit unangenehmen Fakten, einer anderen Ansicht? Warum lehnen wir uns, wenn Ereignisse sich überschlagen, nicht zunächst einmal gelassen zurück und warten die Faktenlage ab, wenn sich der Staub gelegt oder die Wogen geglättet haben? Warum besinnen wir uns nicht – bevor wir eine Meinung fassen oder äußern – auf unsere Werte, darauf, was uns als Christen wichtig, entscheidend und maßgebend ist?

In seiner Endzeitrede ermutigt Jesus zur Besonnenheit, Treue, Zuverlässigkeit, Klugheit und Wachsamkeit. Er sagt nicht nur Verfolgung voraus, sondern warnt auch eindringlich und wiederholt vor Verführungen, die so heftig werden sollen, dass, „wenn es möglich wäre, auch die Auserwählten verführt“ würden. Diese Worte unseres Herrn nehme ich sehr ernst. Sie sind so aktuell, wie selten zuvor.

Ich will nicht der Disziplinlosigkeit, dem Chaos oder der allgemein akzeptierten „Gleich-gültigkeit“ aller Meinungen und Lehren, die heute vielerorts unter dem Deckmantel der Toleranz propagiert wird, das Wort reden. Es gibt Wahrheit! Davon bin ich zutiefst überzeugt. Aber um diese Wahrheit will gerungen werden. Und Denkfaulheit oder intellektuelle Bequemlichkeit sind die Voraussetzungen für Verführbarkeit. Jede automatische Hörigkeit führt letztendlich zu einer krankhaften Abhängigkeit. Deshalb müssen wir miteinander diskutieren, uns dagegen wehren, wenn uns jemand einfach eine Meinung vorsetzen will.

Mit herzlichen Segenswünschen möchten wir Sie zum Nachdenken und Mitdenken einladen,

Ihr Johannes Gerloff



Inhalt

Editorial:	Johannes Gerloff	2
Titel:	Blutige Propagandaschlacht	3
Porträt:	Recep Tayyip Erdogan	7
Sicherheit:	Beschuss von drei Seiten	9
Gesellschaft:	Rolle der Medien im Nahostkonflikt	10
Dokumentation:	Eichmanns Chefankläger	12
Meldungen:	Schwerbehinderte kommunizieren durch Luftstöße	14
Kommentar:	Jerusalem – Hauptstadt des Staates Israel?	15

Impressum
Herausgeber:
Christlicher Medienverbund KEP e.V.
Postfach 1869, D-35528 Wetzlar
Telefon (0 64 41) 9 15 151 | Telefax (0 64 41) 9 15 157
www.israelnetz.com
editor@israelnetz.com | gerloff@kep.de (J. Gerloff)
Bankverbindung
Konto: 40983210, BLZ: 519 900 00,
Volksbank Mittelhessen eG
Vorsitzende Margarete Hühnerbein
Geschäftsführer Wolfgang Baake
Redaktion Andreas W. Quiring (Redaktionsleiter),
Johannes Gerloff, Elisabeth Hausen, Dana Nowak,
Egmond Prill, Ulrich W. Sahm, Jörn Schumacher
Der Israelreport erscheint als Beilage des
Christlichen Medienmagazins pro.
Titelfoto: picture alliance

Titel

Blutige Propagandaschlacht auf hoher See

Das Ziel stand eindeutig fest: Die Flotte „Free Gaza“ sollte mit 700 „Friedensaktivisten“ und 10.000 Tonnen Hilfsgütern an Bord einen Weg nach Gaza öffnen, auf den dann „monatlich ähnliche Schiffskonvois“ folgen sollten. So äußerte sich Mohammed Kaya, der Leiter des Büros der „Internationalen Humanitären Hilfsorganisation“ (IHH) in Gaza, am 21. Mai. || Johannes Gerloff und Elisabeth Hausen



Foto: picture alliance

Die „Mavi Marmara“ kurz vor dem Einsatz der israelischen Marine

Neben der „Free Gaza Bewegung“ (FG) und der „Europäischen Kampagne zur Beendigung der Belagerung Gazas“ (ECESG), war die türkische IHH Hauptsponsor der spektakulären Aktion mit sechs Schiffen, die nach eigenen Angaben „von Hunderten Gruppen und Organisationen weltweit“ unterstützt wurde. Drei weitere Schiffe waren wegen technischer Schwierigkeiten unterwegs liegen geblieben.

Schalit als Auslöser

Zur Erinnerung: Israel blockiert den Gazastreifen, weil dort ein israelischer Soldat, Gilad Schalit, seit Sommer 2006 festgehalten wird – ohne jeden Kontakt zur Außenwelt. Nicht einmal das Rote Kreuz durfte ihn bislang besuchen. Zudem will

Israel den Palästinensern klar machen: Der Beschuss Südisraels mit Raketen ist nicht akzeptabel. Vor dem Gazakrieg zum Jahreswechsel 2008/2009 waren mehr als 10.000 Raketen von Gaza auf Israel abgeschossen worden – seit Februar 2009 sind es schon wieder fast 500. Israels Premierminister Benjamin Netanjahu erklärt die Politik seiner Regierung „ganz einfach“: „Humanitäre und andere Güter kommen rein. Waffen und Rüstungsgüter nicht.“ Übrigens: Ägypten, das ohne jede Einflussmöglichkeit der Israelis die gesamte Südgrenze des Gazastreifens kontrolliert, dürfte seine eigenen Gründe haben, den Personen- und Warenverkehr mit dem von der radikal-islamischen Hamas beherrschten Küstenstreifen so weit, wie irgend möglich, einzuschränken.

Seit Wochen hatte das israelische Verteidigungsministerium Journalisten de-

taillierte Listen mit Hilfsgütern vorgelegt, die ständig in den Gazastreifen geliefert wurden – vielleicht mit Blick auf die Gewitterwolken „Hilfsflotte“, die sich am internationalen Horizont zusammenbrauten. So liefert Israel pro Woche weit mehr Hilfsgüter nach Gaza, als der gesamte Schiffskonvoi „Free Gaza“ bringen wollte. Anfang August konnten etwa 200 Lastwagen täglich die Grenze passieren. Die Israelis beteuern: „Eine humanitäre Krise gibt es in Gaza nicht!“ Pro-palästinensische Hilfsorganisationen kontern, die Lieferungen reichten bei weitem nicht aus, um „die enormen Bedürfnisse der erschöpften Bevölkerung zu befriedigen“. Tatsache ist, dass schon kurz nach dem Gazakrieg die Märkte in Gaza-Stadt voll waren mit allem, was man zum täglichen Leben braucht. Benzin kostete dort im März 2009 genau halb so viel wie in Israel.

Israels Anliegen war erklärtermaßen nie, den Menschen im Gazastreifen die Lebensgrundlage zu entziehen. Bis heute steht das Angebot, humanitäre Hilfsgüter über den Hafen Aschdod und israelische Sicherheitskontrollen ihrer Bestimmung in Gaza zukommen zu lassen. Aber die „Friedensaktivisten“ der „Free Gaza“-Flotte lehnten dieses Angebot genauso ab, wie die Bitte von Noam Schalit, seinem Sohn Gilad ein Päckchen und einen Brief zu überbringen. Deshalb ist der Schluss des stellvertretenden israelischen Außenministers Danni Ajalon

tivisten“ gut auf die Ankunft der israelischen Soldaten vorbereitet – wie Aufnahmen der Sicherheitskameras auf dem Schiff sowie Filmaufnahmen von „Friedensaktivisten“ bestätigen. Mit Schockgranaten und einem starken Wasserstrahl sollten die Elitesoldaten am Entern gehindert werden. Filmaufnahmen der israelischen Armee zeigen, wie Soldaten, die sich von einem Hubschrauber auf das Oberdeck der Mavi Marmara abseilten, brutal zusammengeschlagen wurden. „Wir waren auf passiven Widerstand und friedliche Demonstranten eingestellt“

Gaza kommen wollen, das Martyrium ist doch erstrebenswerter.“ Tatsächlich gibt es Filmaufnahmen von Mitgliedern des Konvois „Free Gaza“, die ihren Wunsch, „Schahid“, „Märtyrer“, zu werden, offen aussprechen. „Entweder Martyrium oder wir kommen nach Gaza“, verkündet eine Muslima leidenschaftlich zum Abschluss eines Berichts des arabischen Nachrichtensenders „Al-Dschasira“ vom 29. Mai 2010.

„Chaibar, Chaibar, o Ihr Juden! Die Armee Mohammeds kehrt zurück!“, brachten sich die „Friedensaktivisten“ auf der Mavi Marmara in Stimmung – mit Sprechchören, die einem Außenstehenden nur schwer verständlich sind. Chaibar ist eine Oase im Nordwesten der Arabischen Halbinsel, in der zur Zeit des Propheten Mohammed viele Juden wohnten. Zusätzlich waren dorthin noch die Juden geflohen, die Mohammed aus Medina vertrieben hatte. Der Ruf „Chaibar, Chaibar“ assoziiert eine Schlacht „gegen die Feinde, bis diese sich dem Islam unterwerfen“. Diese Schlacht wurde vom Gründer des Islam ursprünglich im Jahre 629 geführt. Der „Bund von Chaibar“ beinhaltet einigen Auslegern zu Folge, dass die Moslems die Juden vertreiben dürfen, wann und wie immer sie wollen. Eigentlich hätte Israels Geheimdienst vorher wissen müssen, wes Geistes Kind die „Friedensaktivisten“ der „Free Gaza“-Flotte waren.

Die Opferzahlen waren übertrieben, wie bei Berichten von pro-palästinensischen Medien über israelische Militäraktionen mittlerweile schon üblich. Anfangs war die Rede von 19 Toten. Dann wurde auf 15 Tote korrigiert. Bis schließlich klar wurde, dass neun türkische „Friedensaktivisten“, von denen einer einen amerikanischen Pass hatte, ihr Leben verloren hatten. Sieben israelische Soldaten wurden teilweise schwer verletzt. Sie trugen unter anderem Knochenbrüche, Stichwunden im Unterleib und Schussverletzungen davon. Einer erlitt einen Schädelbruch.

Etwa 40 „Friedensaktivisten“ hatten keinerlei Ausweispapiere bei sich. Dafür waren sie aber mit Gasmasken, kugelsicheren Westen, Nachtsichtferngläsern und verschiedenen Waffen ausgestattet. Jeder dieser Männer hatte genau dieselbe große Summe Bargelds in der Tasche, alle zusammen mehr als eine Million US-Dollar. Israel vermutet, dass sie Al-Qaida-Söldner sind. Die Israelis stellten Knüppel, Eisenstangen, Messer, Metallgegenstände, Schleudern und Ketten sicher.



Eine Demonstration gegen die israelische Razzia in Jerusalem

nicht ganz von der Hand zu weisen: „Die Aktion ‚Free Gaza‘ hatte niemals eine humanitäre Zielsetzung, sondern war eine Provokation, um die Hamas zu unterstützen.“ Interessanterweise scheint es weder Politikern noch Journalisten oder gar „Friedensaktivisten“ einzufallen, von der Hamas die Freilassung Gilad Schalits oder eine Einstellung des Raketenbeschusses zu fordern, um so Israel wenigstens den Vorwand zur Blockade des Gazastreifens zu nehmen.

Mehrfach weigerten sich die Besatzungen der sechs Schiffe am frühen Morgen des 31. Mai 2010, der Aufforderung der israelischen Kriegsmarine Folge zu leisten und in den Hafen von Aschdod einzulaufen. So beschloss die israelische Führung, die Schiffe zum Kurswechsel zu zwingen. Auf fünf Frachtschiffen der Flotte „Free Gaza“ gelang es den Marinesoldaten problemlos, das Steuer zu übernehmen. Auf dem Passagierschiff „Mavi Marmara“ aber waren die „Friedensak-

– und entsprechend bewaffnet, erzählt Hauptmann R., „und sahen uns Terroristen gegenüber, die uns töten wollten.“ Auf die Soldaten wurde auch scharf geschossen, mit Waffen, die an Bord waren. Die Israelis entdeckten Patronenhülsen, die nicht von israelischen Waffen stammten.

Aktivisten wollten „Märtyrer“ werden

Eigentlich hätten die israelischen Soldaten und ihre Kommandeure von Engagement und Motivation der Blockadebrecher nicht überrascht sein dürfen. Einen Tag zuvor hatte Dr. Abd Al-Fatah Schajjek Naaman, Gastdozent aus dem Jemen an der Universität Gaza, im Al-Aksa-Fernsehen der Hamas verkündet: „Sie werden Widerstand leisten, mit ihren Fingernägeln. Das sind Leute, die das Martyrium für Allah suchen. So sehr sie auch nach

Trotzdem bestreiten die Türken, dass sich irgendwelche Waffen an Bord der Mavi Marmara befunden haben könnten. Immerhin hätten die türkischen Behörden alle Passagiere mit modernsten Mitteln sorgfältig untersucht.

Zu diesen untersuchten Personen gehörte aber offensichtlich nicht das jemenitische Parlamentsmitglied Scheich Muhammad al-Hasmi, der sich vor dem israelischen Angriff mit seinem Krumdolch in entsprechender Pose auf der Mavi Marmara fotografieren ließ. Al-Hasmi gehört zur Al-Islah-Partei, die der ägyptischen Moslembruderschaft verbunden ist. Die Gegenwart von Parlamentsabgeordneten bei einer derartigen Aktion hätte eigentlich Garant dafür sein sollen, dass sie gewaltfrei verläuft. Doch Israel und die Welt hätte spätestens seit Arafats Rede vor der UNO im Jahre 1974, als sich der Palästinenserführer mit Olivenzweig und Pistole präsentierte, wissen müssen, dass waffenschwingende Volksvertreter in der arabischen Welt keineswegs verpönt sind.

An Bord waren übrigens nicht nur ein ehemaliger und zwei aktuelle Bundestagsabgeordnete der Partei „Die Linke“, sondern auch die israelisch-arabische Politikerin Hanin Suabi. Die Knesset-Abgeordnete verlor infolge ihrer Teilnahme an der Flottille einen Teil ihrer Privilegien. Sie habe „das Recht, für meine Rechte und Werte zu kämpfen“, meinte Suabi daraufhin. „Meine Standpunkte unterscheiden sich oft von denen, die der Likud, Kadima und der größte Teil der Knesset-Abgeordneten vertreten. Deshalb repräsentiere ich nicht Kadima, die Arbeitspartei oder den Likud, sondern diejenigen, die mich gewählt haben. In meinem Fall vertrete ich den Konsens der arabischen Abgeordneten.“

Antisemitische Reaktionen im Internet

Reflexartig sprachen arabische Medien und ihre Sympathisanten vom „Massaker auf hoher See“. Israelis konterten, ihre Soldaten seien „gelyncht“ worden. In Internet-Foren und im Facebook erfuhr das gesamte altbekannte, antisemitische Repertoire eine aktuelle Neuauflage. Lange bevor Fakten auf dem Tisch liegen konnten, zeigte sich die Welt schon einmal prophylaktisch empört über das blutrünstige Vorgehen des jüdischen Staates. „Tod den Israelis“ forderten Aufkleber in der Türkei, die, genau wie Südafrika, ihren Botschafter in Israel zu Beratungen

zurückordnete. Das mittelamerikanische Nicaragua brach seine diplomatischen Beziehungen mit Israel ab.

Die britische Nachrichtenagentur Reuters veröffentlichte bei der Berichterstattung über den Vorfall ein manipuliertes Bild. Es zeigte einen Soldaten, auf den „Friedensaktivisten“ an Bord der „Mavi Marmara“ einstachen. Nach Angaben der Internetseite „Little Green Footballs“ waren auf dem Foto ein Messer und Blutspuren abgeschnitten worden.

Laut einem Bericht der Zeitung „Jediot Aharonot“ waren die Bilder zunächst in der türkischen Tageszeitung „Hurriyet“ veröffentlicht worden. Anschließend wurden sie über die Nachrichtenagenturen an ausländische Medien weitergegeben. Die AP habe die Fotos in ihrem ursprünglichen Zustand belassen. Reuters habe sie hingegen so abgeschnitten, dass ein Aktivist mit einem Messer ebenso nicht mehr zu sehen war wie eine Blutlache. In einem späteren Blog-Eintrag ist ein zweites Bild zu sehen, das anscheinend ebenfalls beschnitten wurde. Auch hier sei auf diese Weise ein Messer entfernt worden.

Reuters betonte in seiner Reaktion, die Bilder seien nicht absichtlich so veröffentlicht worden, dass die Ränder fehlen. Zudem entfernte die Nachrichtenagentur die Fotos von ihrem Server und ersetzte sie durch die Originale.

Mehrere Kommissionen untersuchen Vorfall

Auf Initiative der arabischen Staaten beschloss die UN-Menschenrechtskommission (UNHRC) eine Untersuchung – wobei bereits die Resolution zur Einrichtung der Untersuchungskommission Israel hart verurteilt. Der israelische Kabinettsminister Benjamin Ben-Elieser meint, der jüdische Staat habe von einer Untersuchungskommission nichts zu befürchten, weil es nichts zu verbergen gebe. Allerdings glaubt in Israel seit dem Goldstone-Bericht über die Militäraktion „Gegossenes Blei“ im Gazastreifen kaum mehr jemand daran, dass eine UNO-Untersuchungskommission neutral sein kann. Deshalb setzten die Israelis zunächst einen eigenen Untersuchungsausschuss ein. Mittlerweile haben sie jedoch eingewilligt, mit den UN-Vertretern zusammenzuarbeiten. Der Iran indes bedankte sich ausdrücklich bei Europa für dessen harte Reaktion auf „Israels barbarische Kommandooperation“.

Innerhalb weniger Tage nach dem Vorfall hatte Israel schon alle Teilnehmer der „Free Gaza“-Flotte ins Ausland abgeschoben, einschließlich derer, die gewalttätig gegen israelische Soldaten vorgegangen waren. Unter den „Friedensaktivisten“ waren mehr als 100 Bürger aus elf arabischen Staaten, 380 Türken, aber auch elf Deutsche und vier Tschechen. Die Hilfsgüter der Flotte „Free Gaza“ wurden auf 33 Lastwagen verpackt. Sie wogen 10.000 Tonnen. Nach Angaben eines israelischen Militärsprechers war die Mavi Marmara selbst „leer“. Die Hilfsgüter seien auf die anderen Schiffe der sogenannten Hilfsflotte verteilt gewesen.

Die Ladung konnte allerdings nicht auf dem Landweg in den Gazastreifen gebracht werden, weil die Hamas die Einreise verweigerte. Israel versuchte daraufhin, das Material an die UNO und das Rote Kreuz zu übergeben, die aber auch nicht gegen den Willen der Hamas vorgehen können. Offensichtlich kann man auch in Gaza mit Medikamenten, deren Verfallsdatum bereits in der Vergangenheit liegt, der Kleidung, den Decken, Rollstühlen und dem Spielzeug nichts anfangen. Dafür hat aber Ägypten die Sorge, irgendwann doch von der Weltöffentlichkeit mit dem Judenstaat in einen Topf geworfen zu werden – und öffnete die Südgrenze des Gazastreifens.

Dass es auch ohne Gewalt geht, zeigte unterdessen Mitte Juli ein libysches Schiff mit Hilfsgütern für den Gazastreifen. Es wurde in der ägyptischen Stadt El-Arisch entladen. Israel hatte die Libyer zuvor aufgefordert, die Waren über Ägypten auf dem Landweg in den Gazastreifen zu bringen. Das unter moldawischer Flagge fahrende Schiff hatte vom griechischen Hafen Lavrion abgelegt. Der Sohn des libyschen Staatschefs, Seif al-Islam Gaddafi, erzählte der arabischen Zeitung „A-Schark al-Awsat“ (London), Israels Verteidigungsminister Ehud Barak und der ägyptische Geheimdienstchef Omar Suleiman hätten sich auf ein Abkommen geeinigt. Demzufolge dürfe seine Stiftung ein Wiederaufbauprojekt im Gazastreifen beginnen. Die Organisation hatte auch den Hilfstransport vorbereitet.

Die Mavi Marmara ist Anfang August in die Türkei zurückgekehrt. Doch weitere Schiffe sind mit teilweise zweifelhaften Absichten unterwegs. Offensichtlich lohnen sich der finanzielle Aufwand und das persönliche Risiko der Beteiligten für den Propagandafeldzug der Feinde des jüdischen Staates. ||

Titel

Die IHH, eine türkische Hilfsorganisation

Die İnsani Yardım Vakfı, wörtlich übersetzt „Stiftung für humanitäre Hilfe“, kurz IHH, ist einer der Hauptinitiatoren der Hilfsflotte „Free Gaza“. Die IHH ist eine türkische Nichtregierungsorganisation (NGO), die 1992 gegründet und 1995 in Istanbul offiziell registriert wurde. Leiter der IHH, die sich im Internet unter www.ihh.org.tr präsentiert, ist der Türke Bülent Yildirim. || Johannes Gerloff

Die IHH hat drei der neun Schiffe der „Free Gaza“-Flotte gekauft, darunter das Passagierschiff „Mavi Marmara“, auf dem am frühen Morgen des 31. Mai am härtesten gekämpft wurde. Es gab Tote und Verletzte.

Eigentlich unterstützt die IHH Waisen mit Nahrung und Kleidung, finanziert Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser, be-

mas-Größen wie Ismail Haniye oder Chaled Mascha'al sind im Internet leicht auffindbar. Übrigens: Auch die Hamas engagierte sich zuerst einmal im sozialen Bereich, weshalb eine Seilschaft mit der IHH überhaupt nicht überraschen sollte.

Hamas-Vertreter ihrerseits betrachten die Verbindungen über die IHH in die Türkei als äußerst wichtig. Die offizielle Hamas-Webseite www.palestine-info.net oder www.palestine-info.cc hat zwar keine deutsche, neben Übersetzungen ins Englische, Urdu, Russische und Französische, wohl aber eine türkische Version. Auch der militärische Arm der Hamas, die Issadin-al-Kassam-Brigaden, bietet seine Webseite www.alqassam.ps außer in Arabisch und Englisch nur noch auf Türkisch an.

Die IHH gehört zur „Union of Good“, der „Union des Guten“, einer Dachorganisation, die mehr als fünfzig islamische Stiftungen und Hilfsorganisationen weltweit umfasst. Die „Union of Good“ unterstützt nicht nur das Hamas-Regime in Gaza, sondern fördert auch die zivile Hamas-Struktur im israelisch besetzten Westjordanland, darunter die „Islamic Charitable Society“ in Hebron und die „Al-Tadhamun Charitable Society“ in Nablus. Die gesamte Arbeit der IHH in der Westbank steht unter Beobachtung der palästinensischen Sicherheitsapparate.

Über die „Union of Good“ hat die IHH selbstverständlich weltweite Verbindungen zu anderen islamistischen Organisationen. In Israel wurden im Jahre 2008 aufgrund einer Erklärung des sozialdemokratischen Verteidigungsministers Ehud Barak 36 Organisationen, die zur „Union of Good“ gehören, verboten. Als „Nummer 36“ auf der Liste wurde auch die IHH in Israel illegal. Bereits während der Operation „Verteidigungsschild“ im Frühjahr 2002 waren der israelischen Armee Dokumente in die Hände gefallen, aus denen hervorging, dass die „Union of Good“ die Familien von „Märtyrern“ - im westlichen Sprachgebrauch gemeinhin „Selbstmordattentätern“ - über so genannte palästinensische Hilfsorganisationen finanziell entschädigt hatte.

Das israelische „Intelligence and Terrorism Information Center“ (ITIC) sowie das dänische „Institut für internationale Studien“ wollen „zuverlässige Informationen“ dafür haben, dass „die IHH in der Vergangenheit dem weltweiten Dschihad-Netzwerk logistische und finanzielle Unterstützung“ zuteil werden ließ. So sollen Terroristen in Bosnien, Syrien, dem Irak, Afghanistan und Tschetschenien unterstützt worden sein. Bereits im Dezember 1997 hatten türkische Ermittler bei einer Durchsuchung der IHH-Büros in Istanbul Hinweise auf die aktive Unterstützung von Islamisten in diesen Ländern gefunden.



Pro-palästinensische Aktivisten an Bord der „Mavi Marmara“

Foto: picture alliance

ruflische Fortbildung, baut Moscheen und liefert Medikamente in Krisengebiete. Sie macht sich in verschiedenen islamischen Umfeldern weltweit gegen Menschenrechtsverletzungen stark und hat in den vergangenen Jahren ihre Aktivitäten auch auf europäische Länder ausgedehnt.

Neben dem humanitären Engagement scheint die türkische IHH aber auch islamistische Netzwerke zu unterstützen. Inhaltlich offenbart sie eine radikal-islamische und anti-amerikanische Orientierung, sowie eine ideologische Nähe zur ägyptischen Muslimbruderschaft, deren palästinensischer Flügel die Hamas ist. Auf öffentlichen Konferenzen in der Türkei haben IHH-Vertreter in den vergangenen Jahren für die Hamas und ihre Strategie, einschließlich des bewaffneten Kampfes gegen Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde, geworben. Bilder von Treffen des IHH-Chefs Bülent Yildirim mit Ha-

Porträt

Premierminister Recep Tayyip Erdogan

Die israelische Razzia auf der „Free Gaza“-Flottille hat die Beziehungen zur Türkei stark beeinträchtigt. Der türkische Regierungschef hat sich eindeutig hinter die „Friedensaktivisten“ gestellt. Doch was für ein Mensch ist Recep Tayyip Erdogan?

Der türkische Premierminister Erdogan war eine der treibenden Kräfte hinter der „Free Gaza“-Flottille. Er hat die mit humanitären Hilfsgütern und mehr als 700 Aktivisten beladenen Schiffe und ihr Ziel, die Blockade des Gazastreifens zu brechen, zum nationalen Anliegen der Türkei gemacht. Die größte Volksgruppe unter den „Free Gaza“-Aktivisten waren die Türken. Durch seine lautstarke Unterstützung der Blockadebrecher wurde Erdogan zum Helden in der islamischen Welt. Die traditionell guten türkisch-israelischen Beziehungen haben ein Allzeit-Tief erreicht.

Recep Tayyip Erdogan wurde am 26. Februar 1954 in Kasimpasa, Istanbul, geboren. Seine Familie stammt ursprünglich aus dem Nordosten der Türkei. Erdogan studierte Wirtschaftswissenschaften an der Marmara-Universität in Istanbul und wurde als Profifußballer unter dem Spitznamen „Imam Beckenbauer“ bekannt. Seit 1978 ist er mit Emine verheiratet. Das Paar hat zwei Söhne und zwei Töchter. Sowohl Emine Erdogan als auch ihre beiden Töchter tragen Kopftuch. Da das Kopftuchtragen als religiöses Symbol in öffentlichen Einrichtungen der Türkei bis Anfang 2008 verboten war, erscheint Frau Erdogan praktisch nicht bei öffentlichen Anlässen. Die Töchter haben ein Studium in den USA aufgenommen, um das Verbot zu umgehen.

Bekenntnis zur Scharia

Recep Erdogan selbst war bereits in jungen Jahren Mitglied in der radikalen islamistischen Organisation Akıncılar Derneği. Seine Laufbahn ist eng mit Necmettin Erbakans Milli-Görüs-Bewegung und ihren politischen Organisationen verknüpft. Laut Internet-Lexikon Wikipedia ist „Millî Görüs in allen Staaten, in denen sie aktiv ist, außergewöhnlich umstritten“. Noch Mitte der 1990er Jahre bezeichnete er sich offen als Anhänger der Scharia, des islamischen Rechts. Von 1994 bis 1998 war Erdogan Oberbürgermeister in Istanbul. Seit

seiner Amtszeit wird in städtischen Lokalen kein Alkohol mehr ausgeschenkt. In privaten Kneipen darf er nach wie vor getrunken werden. Die EU beschrieb er zu Beginn seiner Amtszeit als Vereinigung von Christen, in der Türken nichts zu suchen hätten.

Im Januar 1998 verbot das türkische Verfassungsgericht die Wohlfahrtspartei (RP), der Erdogan damals angehörte. Begründung: Die RP hege Sympathien zum weltweiten Dschihad und verfolge die Einführung der Scharia. Im Frühjahr desselben Jahres hatte Erdogan auf einer Kon-



Der türkische Regierungschef Recep Tayyip Erdogan

ferenz in der ostanatolischen Stadt Siirt aus einem islamistischen Gedicht zitiert: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“ Dafür wurde er vom Staatssicherheitsgericht Diyarbakır wegen Missbrauchs der Grundrechte und -freiheiten für die Aufstachelung zur Feindschaft zu zehn Monaten Gefängnis und einem lebenslangen Politikverbot verurteilt.

Drei Jahre nach seiner Freilassung gründete Erdogan mit dem heutigen türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül die „Adalet ve Kalkınma Partisi“ (AKP – Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung), die sich als „konservativ-demokratisch“ versteht, von Beobachtern aber als „muslimisch-demokratisch“ gesehen wird. Als die AKP bei den Parlamentswahlen 2002 einen überraschenden Wahlsieg errang, konnte Erdogan als AKP-Vorsitzender erst im März 2003 Premier werden – nach einer Verfassungs-

änderung, die das Politikverbot aufhob.

Wohlgesonnene und optimistische Beobachter wollen glauben, Recep Erdogan habe seine islamistische Vergangenheit überwunden. Kritiker fürchten ihn als „islamistischen Wolf im demokratischen Schafspelz“. Sein Vorgehen in den vergangenen Jahren lässt nicht ausschließen, dass er eine geschickte Politik innerhalb des legalen Rahmens der türkischen Republik betreibt, um diese in einen islamischen Staat zu verwandeln. Dabei scheint er auch alte osmanische Träume zu bedienen, um eine Vormachtstellung an der Schnittstelle zwischen Orient und Okzident und weit darüber hinaus zu beanspruchen. Bislang vertritt er ungehindert die Einstellung, der Generalstab unterstehe der Befehlsgewalt des Regierungschefs.

Bei seinem Deutschlandbesuch im Februar 2008 bezeichnete Erdogan die Assimilation türkischer Einwanderer in Deutschland als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und regte gegenüber Bundeskanzlerin Merkel die Schaffung türkischer Schulen und Universitäten in Deutschland an. In einer Rede in Köln fügte er hinzu: „Wir müssen die europäische Kultur mit der türkischen impfen.“ Im Februar 2010 folgten 1.500 türkischstämmige Parlamentarier aus mehreren europäischen Ländern seiner Einladung nach Istanbul. Der Berliner Grünen-Abgeordnete Özcan Mutlu lehnte diese ab, mit der Begründung: „Ich habe dort als deutscher Parlamentarier nichts zu suchen. Wir sind kein verlängerter Arm der türkischen Regierung.“

Selbst hohe Vertreter der Palästinensischen Autonomiebehörde deuten unter vier Augen an, dass es Erdogan bei seinem Engagement zur Beseitigung der Blockade des Gazastreifens eigentlich gar nicht um das Leid der palästinensischen Bevölkerung geht. Vielmehr wächst der Verdacht, dass er die verbindende Feindschaft der islamischen Welt gegen den jüdischen Staat Israel, antisemitische Ressentiments in der westlichen Welt und ein Gemisch aus Enttäuschung über die wiederholte Ablehnung der Türkei durch die EU und alte Herrschaftsträume nutzen will, um eine islamische Agenda am Bosphorus durchzusetzen. || Johannes Gerloff

Foto: World Economic Forum / Photo by Serkan Eldeleklioglu-Bora Omerogullari-Ozan Atasoy



*Reisen mit Schechinger-Tours –
wir laden herzlich ein*

Israel-Bibelstudienreise
mit Johannes Pflaum (Neu St. Johann/Schweiz)
vom 03.10. – 14.10.10

Israelreise
mit Michael von Herrmann (Asselfingen)
vom 10.10. – 20.10.2010

Israel: Wander- und Badereise
mit Dieter und Rose Schäfer (Gärtringen)
vom 30.10. – 06.11.2010

Israel-Erlebnisreise
mit Ernst und Erika Mayer (Oy)
vom 29.10. – 07.11.2010

Israelreise über den Jahreswechsel
Walter und Marianne Schechinger Sulz/Eck
und Johannes Vogel Breckerfeld
vom 27.12.10 – 06.01.2011

Israel-Inforeise
Für Pfarrer, Gruppenplaner und Verantwortliche
Zur Planung einer eigenen Gruppenreise.
31.01. – 07.02.2011

Israel-Schnäppchenreise
mit Walter und Marianne Schechinger
und Wolfgang Wangler
vom 04.02. – 11.02.11 und 12.02. – 19.02.2011

Israel-Frühlingsreise
mit Walter und Marianne Schechinger
und Georg Turner
05.03. – 12.03.2011

Ostern in Israel
mit Walter und Marianne Schechinger
und Johannes Vogel BC-Breckerfeld.
vom 20.04. – 01.05.2011

Israel-Festreise-Pfingsten
mit Walter und Marianne Schechinger
und Georg Turner
vom 12.06. – 24.06.2011

weitere Reisen sind geplant



BITTE FORDERN SIE UNSERE REISEPROSPEKTE KOSTENLOS AN!

SCHECHINGER Tours Walter Schechinger
Im Kloster 33 • D - 72218 W.-Sulz am Eck • Tel. 07054-5287 • Fax 07054-7804
e-mail: info@schechingertours.de • www.schechinger-tours.de

In Deutschland präsentierte sich die IHH bis Mitte Juli als „Internationale Humanitäre Hilfsorganisation e.V.“ unter dem Motto „Helfen lindert Leiden“ auf ihrer Webseite www.ihh.com. Der Vorsitzende Mustafa Yoldas verurteilt in einer Pressemeldung „den empörenden Angriff“ der Israelis auf die „Free Gaza“-Flotte als „despektierliche Haltung gegenüber der Menschheit“ und als „Verbrechen“. Wer als Deutscher die Aktionen der IHH unterstützen wollte, konnte dies „schnell und sicher“ über ein Spendenformular online tun.

Am 12. Juli hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière den in Frankfurt am Main ansässigen Verein, der sich ebenfalls mit IHH abkürzt, mit sofortiger Wirkung verboten. Die Organisation unterstütze die radikal-islamische Hamas und richte sich somit gegen den Gedanken der Völkerverständigung, hieß es in einer Erklärung des Innenministeriums.

„Unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe unterstützt die IHH seit einem langen Zeitraum und in beträchtlichem finanziellen Umfang im Gazastreifen ansässige sogenannte Sozialvereine, die der Hamas zuzuordnen sind. Die Hamas übt Gewalttaten gegenüber Israel und israelischen Staatsbürgern aus und beeinträchtigt dadurch die friedliche Verständigung des israelischen und palästinensischen Volkes. Sie negiert schon von ihrer Satzung her das Existenzrecht Israels und fördert den Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen und religiösen Ziele. Die Hamas wirkt in aggressiv-kämpferischer Weise darauf hin, Angehörige und Institutionen des Staates Israel auch unter Einsatz von terroristischen Mitteln zu bekämpfen, ihnen Schaden zuzufügen und weitere Gewalt hervorzurufen“, erklärte der CDU-Politiker de Maizière in Berlin.



Die mittlerweile verbotene IHH in Frankfurt hat dasselbe Emblem und ähnliche Ziele wie die türkische Organisation.

Foto: picture alliance

„Zuwendungen an sogenannte Sozialvereine der Hamas, wie sie die IHH mit Millionenbeträgen leistet, unterstützen deshalb in Wahrheit die Terror-Organisation Hamas als Ganzes“, heißt es in der Mitteilung. Die IHH trage dazu bei, das Gesamtbudget der Hamas zu entlasten, so dass dieser mehr Mittel für terroristische Zwecke zur Verfügung stünden. Die IHH leiste somit dem Terror und der Gewalt in den palästinensischen Autonomiegebieten Vorschub. „Organisationen, die sich unmittelbar oder mittelbar von deutschem Boden aus gegen das Existenzrecht des Staates Israel richten, haben ihr Recht auf Vereinigungsfreiheit verwirkt“, sagte de Maizière weiter.

Nach Auffassung des Bundesinnenministeriums ist die IHH in Deutschland nicht identisch mit der „Stiftung für humanitäre Hilfe“ in der Türkei. Dabei verwenden sie nicht nur dasselbe Kürzel und Emblem, sondern haben auch dieselben Gründer. Ferner gleichen sich Hintergrund, Zielsetzung und Ursprungsland. ||

Beschuss von drei Seiten

Innerhalb weniger Tage ist Israel in diesem Sommer von drei Seiten angegriffen worden. Raketen wurden vom Gazastreifen und am Roten Meer abgefeuert. An der israelisch-libanesischen Grenze kam es zu einem Feuerwechsel. Auf israelischer Seite gab es einen Toten. || Elisabeth Hausen

Am Morgen des 30. Juli schlug eine palästinensische Rakete im Zentrum der rund zehn Kilometer vom Gazastreifen entfernten Stadt Aschkelon ein. Dadurch entstand Sachschaden an Gebäuden und Fahrzeugen. Zwei Tage später traf ein weiteres Geschoss eine Bildungseinrichtung in der Wüstenstadt Sderot. Zudem landeten in dieser Zeit zwei Raketen auf offenem Feld. Israels Premierminister Benjamin Netanjahu, nannte es „ein Wunder“, dass bei dem Angriff auf Aschkelon niemand verletzt wurde. Er machte die Hamas-Regierung für die Raketenangriffe verantwortlich. Die Vereinten Nationen verurteilten

Die Hamas machte die Arabische Liga für die Eskalation der Gewalt verantwortlich. Denn diese hatte zuvor direkten Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern zugestimmt. Hamas-Sprecher Fawsi Barhum bezeichnete die Genehmigung als „politische Sünde“.

Raketen auf Eilat

Am 2. August wurden morgens fünf Raketen auf das israelische Eilat und das jordanische Akaba am Roten Meer abgefeuert. Zwei Raketen landeten offenbar im Roten Meer, eine weitere explodierte

Libanesen beschießen Israel

Als die Medien am 3. August noch über den Beschuss am Roten Meer spekulierten, verbreiteten sich Meldungen über einen bewaffneten Zwischenfall an Israels Nordgrenze. Die libanesischen Streitkräfte hatten das Feuer auf israelische Soldaten eröffnet, die nach ihrer Darstellung die Grenze zum Libanon überschritten hatten. Dies wurde später von der Hilfstruppe der Vereinten Nationen, UNIFIL, widerlegt. Bei dem Feuerwechsel kamen ein israelischer Oberstleutnant und vier Libanesen ums Leben



Israel reagiert mit Artilleriefeuer auf einen libanesischen Angriff

die Angriffe auf Israel. Der Beschuss von Zivilisten sei „absolut inakzeptabel und stellt eine terroristische Handlung dar“, erklärte UN-Koordinator Roberterry.

Als Reaktion auf den Angriff in Aschkelon bombardierte Israel mehrere Ziele im Gazastreifen. Dabei kam ein hochrangiger Hamas-Kommandeur ums Leben, mindestens elf Palästinenser wurden verletzt. Bei dem Getöteten handelt es sich um Issa Batran, einen 42-jährigen Raketenkonstrukteur.

auf einer unbewohnten Fläche bei Eilat. Zudem schlugen zwei Geschosse im Zentrum von Akaba ein. Dort wurden vier Menschen zum Teil schwer verwundet, einer erlag später seinen Verletzungen.

Israelische und ägyptische Vertreter äußerten die Vermutung, dass die Raketen vom ägyptischen Sinai aus abgefeuert wurden. Bereits im April hatte es einen ähnlichen Angriff gegeben. Ein Geschoss traf Akaba, das zweite landete im Roten Meer.

- drei Soldaten und ein Journalist. Sprecher beider Länder bezichtigten die jeweils andere Seite einer absichtlichen „Provokation“. Es war der schwerwiegendste Zwischenfall an der Grenze seit dem Zweiten Libanonkrieg vor vier Jahren.

Später lobte der libanesischer Präsident Michel Suleiman seine Soldaten für deren Einsatz. Bei einem Truppenbesuch sprach er von einer „Meisterleistung“. ||

Jugendprojekt: Die Rolle der Medien im Nahostkonflikt

Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern ist bis heute ungelöst. Je mehr man über ihn weiß, je mehr man sich mit ihm detailliert auseinander setzt, desto komplexer erscheint er. Dies erfuhren auch die 40 Jugendlichen aus Deutschland, Tschechien und Israel, die am trinationalen Jugendmedienprojekt „Ein Bild sagt mehr als tausend Worte!“ teilgenommen haben. || Esther Sarah Klemm



Fotos: Esther Sarah Klemm

Die Teilnehmer des trinationalen Jugendprojektes in Berlin

Zwischen September 2009 und April 2010 haben Schüler aus Nýdek in Tschechien, aus der Region Emek Hefer in Israel und 11 Jugendliche aus Sachsen, Thüringen, Baden-Württemberg und Hamburg die Rolle der Medienberichterstattung über den Nahost-Konflikt untersucht. Als Mitarbeiter konnten wir, Jonathan Steinert und Esther Sarah Klemm, den Jugendlichen theoretische Grundlagen des Journalismus vermitteln und sie bei praktischen Übungen, wie fotografieren und Interviews führen, anleiten. Bei den gegenseitigen Begegnungswochen in jedem der drei Länder wurde viel über den Konflikt diskutiert.

Die Teilnehmer im Alter von 15 bis 18 Jahren waren verschiedener sozialer und regionaler Herkunft mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen. Die Basis-sprache war Englisch. Mit den Projektleitern Ulrike Ruth Nováková aus Deutsch-

land, Vlasta Khabibullin aus Tschechien und Hanoch Katsir aus Israel konnten die Teilnehmer auch Verständigungsprobleme in ihrer Landessprache klären.

Auftakt in Tschechien

Die erste Begegnungswoche fand im September 2009 in Tschechien statt. Am Bahnhof in Prag trafen die Teilnehmer das erste Mal aufeinander, und gemeinsam ging es mit dem Zug nach Nýdek, einem Dorf nahe der slowakischen Grenze, wo wir die erste Wochenhälfte in einer gemütlichen Waldpension verbrachten. Thematisch wurden den Teilnehmern eine Einführung in den Gazakonflikt sowie Grundlagen journalistischer Arbeit vermittelt. Die zweite Wochenhälfte verbrachten wir in Prag. Im Studienraum der jüdischen Gemeinde, im jü-

dischen Viertel der Altstadt, analysierten die Jugendlichen Fotos vom Gazakonflikt 2008/09, der Operation „Gegossenes Blei“. Mit Dan Drapal, einem christlichen Publizisten, der Außenpolitikerin Jana Hybášková und Karel Sedlacek, dem tschechischen Vertreter der Internationalen Christlichen Botschaft Jerusalem (ICEJ), diskutierten die Jugendlichen über den Konflikt und die Rolle der Medien. Dabei fragten sie unter anderem nach Objektivität in der Medienberichterstattung und nach einer möglichen Lösung des Konfliktes. Ein Höhepunkt der Woche war die gemeinsame Schabbatfeier in den Räumen einer Baptistengemeinde.

Begegnungen in Israel

Mit dem erlangten Wissen über den Konflikt und journalistisches Arbeiten sowie der Freude auf ein Wiedersehen trafen wir uns zur zweiten Begegnungswoche im März in Israel. In Emek Hefer, einer landwirtschaftlich geprägten Region zwischen Netanja und Hadera, waren wir in Gastfamilien untergebracht. Es war schön, den Alltag der Israelis kennen zu lernen, mit ihnen zu leben und persönliche Beziehungen aufzubauen. In Tel Aviv-Jaffa, Jerusalem, Ein Gedi, am Mittelmeer und am Toten Meer sowie in der israelisch-arabischen Stadt Baka al-Gharbija und dem palästinensischen Dorf Umm al-Reichan konnten wir Eindrücke vom Land und den Menschen gewinnen. Den Höhepunkt der Woche bildete eine Wanderung durch die Wüste mit anschließendem Baden im Toten Meer und der Übernachtung in einem Beduinenzelt, im Metzoke Dragot Camp.

Während unseres Aufenthaltes feuerten Palästinenser Raketen auf Israel ab,

wobei israelische Soldaten getroffen wurden. In den Gebieten, in denen wir uns aufgehalten haben, herrschte keine Gefahr, die Anspannung der Israelis war jedoch deutlich zu spüren. In Gesprächen mit jungen israelischen Soldaten, palästinensischen Frauen, linksgerichteten Friedensaktivisten, dem Profi-Fotografen Miki Kratsman, einem Rabbi wie auch in persönlichen Begegnungen wurden Fragen zum israelisch-palästinensischen Konflikt gestellt und diskutiert. In einer

rota, eine tschechische Teilnehmerin, zeigte sich erfreut darüber, dass sie Israel persönlich besuchen konnte.

Abschluss in Deutschland

Die Begegnungswoche in Hamburg und Berlin war die dritte und letzte des Projektes. Im Laufe dieser Woche trafen wir den deutsch-israelischen Autor Chaim Noll, den Korrespondenten der

worden. Die deutsche Journalistin Schapira zweifelt jedoch an dieser Darstellung und versucht dies mit entsprechenden Rechercheergebnissen zu begründen.

In einer Abschlussveranstaltung am 19. Mai stellten die Jugendlichen die Ergebnisse des Projektes in den Räumen des Ebenezer Hilfsfonds in Hamburg der Öffentlichkeit vor. Es war ein bewegender Abend, an dem unter anderem Noam, eine israelische Teilnehmerin, das Segenslied „Mögen sich die Wege“ auf He-



Dankgebet für das Brot bei der Schabbatfeier in der Baptistengemeinde



In Tschechien erhielten die Jugendlichen erste Einblicke in die Thematik

abschließenden Feedback-Runde nannten die Jugendlichen ihre Eindrücke. Für die Israelis war es unter anderem interessant zu sehen, wie die europäischen Teilnehmer den Konflikt betrachten. Ein israelischer Teilnehmer sagte, dass er viel über seine eigene Sichtweise gelernt hat. Ein anderer Israeli meinte, dass er neue Dinge über die andere Seite erfahren hat und die Gespräche ihm geholfen haben, sie zu verstehen. Auch die tschechischen und deutschen Jugendlichen erklärten, sie könnten den Konflikt nun besser verstehen. Ein deutscher Teilnehmer sagte, dass er viel gehört hat, was nicht in den deutschen Medien berichtet wird. Do-

„Jerusalem Post“ Benjamin Weintal, eine Vertreterin der Israelischen Botschaft Berlin, den Leiter des Auslandsressorts vom „Stern“, Hans-Hermann Klare, und Ulrich Klose, den stellvertretenden Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag.

Speziell nach dem Film über den Palästinenserjungen Mohammed al-Dura von Esther Schapira diskutierten wir über Wahrheit im Journalismus. Im Oktober 2000 waren die Bilder des Zwölfjährigen, der in den Armen seines Vaters stirbt, um die Welt gegangen. Nach palästinensischer Darstellung war Mohammed von einer israelischen Kugel getroffen

bräisch und Deutsch sang.

Unter der Adresse www.israel-in-media.com entsteht eine eigene Webseite, auf der die Teilnehmer ihre Eindrücke festhalten. Das Projekt wurde maßgeblich von EUROPEANS FOR PEACE (efp), dem größten deutschen Förderprogramm für internationale Jugendprojekte zwischen Deutschland, Mittel- und Osteuropa sowie Israel, und ConAct, einem Koordinierungszentrum für Deutsch-Israelischen Jugendaustausch, finanziert. Veranstaltet wurde es vom Ebenezer Hilfsfonds Deutschland e.V. Weitere Fotos können unter www.fotolichtkunst.de angesehen werden. ||

Anzeige



Aktuelle Nachrichten aus Israel - täglich am Telefon und als Podcast.

➔ Telefon (06441) 915 139
Hören Sie jeden Werktag aktuelle Nachrichten aus Israel und dem Nahen Osten.

➔ www.audio.israelnetz.com
Im Internet hören Sie neben den täglichen Nachrichten auch die Gesprächsreihe „Brennpunkt Nahost“ mit unserem Korrespondenten Johannes Gerloff.





Chefankläger Gabriel Bach ließ deutsche Jugendliche an seinen Erinnerungen teilhaben

Im Gespräch mit Eichmanns Chefankläger

Ende Juli sendete die ARD ein Doku-Drama über den Organisator des Holocaust, Adolf Eichmann. Wenige Tage zuvor saß Gabriel Bach, 1961 Chefankläger gegen Eichmann, in der Wohnung des Israelreport-Korrespondenten Ulrich W. Sahn und erzählte Schülern aus Bochum seine Erlebnisse rund um diesen Prozess. Gabriel Bach, 1927 in Halberstadt geboren, wuchs mit seiner Familie in Berlin auf. Der Israelreport dokumentiert seine Ausführungen stark gekürzt.

Ich ging in die Theodor-Herzl-Schule am Adolf-Hitler-Platz. In Berlin spielten wir Fußball im Preußenpark. Da gab es herrliche Bänke, rote und grüne. Und es gab gelbe Bänke. Die waren nur für Juden. Für uns. In der zionistischen Schule war das nicht so niederschmetternd. Wir sangen hebräische Lieder, um uns Mut zu machen. Aber für die jüdische Bevölkerung in Berlin war das grausig. Wir sind am Wochenende auf dem Wannsee mit Motorbooten gefahren. Praktisch an jeder Straßenecke gab es Kästen mit dem „Stürmer“. Plötzlich sah ich ein Bild von uns auf einem der Motorboote: „Juden fahren noch auf dem Wannsee spazieren.“

Unser Glück war es, dass wir Deutschland 1938 verlassen hatten, zwei Wochen vor der Kristallnacht. Holland verließen

wir einen Monat vor der deutschen Invasion. Wir gelangten auf der „Patria“ nach Palästina. Das Schiff wurde bei seiner nächsten Fahrt versenkt, mit 250 Todesopfern.

Mein bester Schulfreund in Amsterdam, ein Nichtjude, sah mich 1961 im Fernsehen beim Eichmannprozess. Er rief mich an und erzählte, dass von allen jüdischen Schülern unserer Schule ich der einzige Überlebende sei. Alle anderen wurden getötet.

Ein Onkel lebte in Bayern in einem kleinen Dorf. Jeder wusste, wer da jüdisch war, als die Leute abgeholt und in die Lager geschickt wurden. In der Kristallnacht haben Burschen meinen Onkel zusammengeschlagen. Mit den anderen ging es im Autobus nach Buchenwald. Auf dem Weg rief der SS-Mann: „Ihr Schwei-

ne müsst die Fahrt bezahlen.“ Am Tag darauf erhielt meine Tante eine Mitteilung von der Gestapo. Sie solle kommen. Sie wollte wissen, was mit ihrem Mann passiert ist. Der Beamte sagte: „Frau Bach, Ihr Mann ist im Autobus nach Buchenwald gefahren und musste die Fahrt bezahlen. Er hatte nur einen 20-Mark-Schein. Die Fahrt kostet aber 18,80 Mark. Diese 1,20 Mark möchte ich Ihnen erstatten.“ Der Beamte wusste nicht, wie er diese 1,20 Mark verbuchen sollte.

Direkte Begegnung mit Eichmann

Zur Eichmann-Affäre möchte ich Euch Sachen mitteilen, die nicht veröffentlicht wurden, persönliche Erfahrungen. Mein

erstes Treffen mit ihm im Jagur-Gefängnis: Ich saß in meinem Büro und las die Autobiografie von Rudolf Höß, dem Kommandanten von Auschwitz. Ich las, wie sie an vielen Tagen 1.000 jüdische Kinder getötet haben. Höß schrieb: „Wenn ich die Kinder in die Gaskammern stoßen musste, bekam ich manchmal Kniezittern. Ich schämte mich dieser Schwäche. Obersturmbannführer Eichmann erklärte mir, dass man die Kinder zuerst umbringen sollte. Denn wo ist die Logik, dass man ältere Menschen umbringt und eine Generation von möglichen Rächern am Leben lässt? Die könnten ja auch eine Keimzelle für die Wiedererrichtung dieser Rasse werden.“ Nach zehn Minuten wollte mich Eichmann sprechen. Er saß mir gegenüber wie Sie jetzt (sagt Bach zu den Schülern aus Bochum). Mir fiel es schwer, da ein Pokerface zu behalten.

Aus Polen, das damals sehr anti-israelisch war, erhielten wir anonyme Briefe, so auch einen mit abgetippten Listen, wie viele Juden jeden Tag zwischen 1942 und 1943 nach Auschwitz kamen und welche Nummern sie auf den Arm tätowiert bekamen. Die Papiere waren ohne Stempel und Unterschrift, als Beweismaterial vor Gericht wertlos.

Ich zeigte allen Polizeioffizieren die Papiere. „Hat einer von euch eine Idee, wie man das doch als akzeptables Beweismaterial gebrauchen könnte?“ Es herrschte Stille. „Vielleicht können wir zeigen, dass die Informationen stimmen. Einige hundert Israelis waren in Auschwitz und wissen, wann sie nach Auschwitz gekommen sind. Die haben noch immer die Nummer auf dem Arm.“ Da zog der für Polen verantwortliche Offizier sein Hemd hoch, zeigte uns seine Nummer und sagte: „Ich bin im September 43 nach Auschwitz gekommen.“ Seine Nummer stimmte genau überein mit dem, was da (auf der Liste) stand. Das sind Momente, die man schwer vergessen kann.

Bericht aus der Gaskammer

Ein Zeuge war der einzige, der schon in einer verschlossenen Gaskammer war und davon erzählen konnte. Er war damals ein Kind, elf Jahre. Man hatte immer 200 Kinder zusammen in eine Gaskammer genommen. Er beschrieb, wie sie in der Gaskammer waren und wie es dunkel wurde. Die Kinder hätten gesungen, um sich Mut zu machen. Als nichts geschah, fingen die Kinder an zu weinen und zu

schreien. Und dann öffnet sich die Tür. Da war ein Zug mit Kartoffeln in Auschwitz angekommen. Es gab nicht genug SS-Leute, um die zu entladen. Ein Offizier hatte die glorreiche Idee: Warum nicht einige dieser Kinder benutzen, bevor sie getötet werden? Und da holte man die ersten zwanzig, die nahe der Tür waren. Unser Zeuge war einer von denen. Die anderen 180 wurden sofort getötet. Jene, die beim Entladen geholfen hatten, wurden auch gleich getötet. Aber unser Zeuge hatte Schaden an einem der Lastwagen angerichtet. Ein Offizier sagte: „Bevor der in die Gaskammer kommt, zusammen mit der nächsten Gruppe, soll er im Lager von einem SS-Mann gepeitscht werden.“ Und da hat man ihn rausgebracht.

Die Tausenden Leichen haben ihn überhaupt nicht erregt, nur die Farbe seines Anzugs.

Doch der SS-Mann, der ihn auspeitschen sollte, empfand Zuneigung zu ihm und ließ ihn bei sich. So blieb er am Leben.

Ein europäischer Professor machte geltend, dass Richter eines Staates und Volkes der Opfer keinen gerechten Prozess führen könnten. Er bat, die Anklageschrift zu sehen. Da sah er, dass wir Eichmann auch wegen Mordes an Zigeunern, russischen Kommissaren, Tschechen, Polen und anderen angeklagt hatten. „Warum habt ihr das nicht polnischen, russischen und anderen Gerichten überlassen?“ Ich antwortete: „Vor fünf Minuten haben Sie gesagt, dass es Unrecht sei, wenn ein Gericht einer Gesellschaft der Opfer Anklage erhebt. Sie scheinen keine Schwierigkeiten mit einem russischen oder tschechischen Gericht zu haben. Nur beim Gericht eines Judenstaates haben Sie auf einmal Probleme.“ Der Mann hatte die Anständigkeit, zu erröten. „Ehrlich gesagt, weiß ich wirklich nicht, warum

ich diesen Unterschied gemacht habe“, sagte er.

1944 war klar, dass Deutschland den Krieg verlieren würde, da sagte Eichmann zu Freunden: „Ich werde meinen Krieg noch gewinnen“. Er fuhr nach Auschwitz, um die Zahl der Tötungen von 10.000 pro Tag auf 12.000 zu erhöhen. Dann forderte er mit List und Tücke Eisenbahnen für die Todeszüge, obgleich Generale der Wehrmacht sie dringend brauchten. Dann forderte Eichmann, alle Vierteljuden in der Wehrmacht, also jeden, der einen jüdischen Großvater hatte, zu kastrieren oder in ein KZ zu bringen. Keitel, der Oberkommandierende der Wehrmacht, war dagegen, nicht etwa aus humanitären Gründen. Er wollte die

deutsche Armee nicht schwächen. Es gab Tausende Soldaten, die Vierteljuden waren. Hitler unterstützte Keitel. Eichmann war das völlig egal.

Während des Prozesses machten wir einen 45 Minuten langen Dokumentarfilm aus Originalmaterial. Den wollten wir beim Gericht einreichen. Am Abend vorher zeigten wir den Film dem Angeklagten. Ich beobachtete ihn, weil ich seine Reaktion auf die Leichenberge sehen wollte. Eichmann sprach sehr aufgeregt mit seinem Wächter. Den fragte ich, worüber sich Eichmann so aufgeregt habe: „Er hat gesagt, dass man ihm versprochen hätte, nie den Gerichtssaal in Gefangenenkluft betreten zu müssen, sondern immer in seinem dunkelblauen Anzug. Man solle ihm so was nicht versprechen, wenn man es nicht einhalten könne.“ Die Tausenden Leichen haben ihn überhaupt nicht erregt, nur die Farbe seines Anzugs. Ein kleiner Punkt, aber typisch für Eichmann. ||

Der Eichmann-Prozess

Otto Adolf Eichmann war unter anderem SS-Obersturmbannführer im Reichssicherheitshauptamt. 1961 wurde er vom israelischen Geheimdienst Mossad in Argentinien aufgespürt, wo er untergetaucht war. Der Prozess gegen ihn in Jerusalem dauerte acht Monate. Er wurde wegen der Mitverantwortung für die Ermordung von Millionen europäischer Juden in der NS-Zeit zum Tode verurteilt und 1962 hingerichtet. Es ist das einzige Todesurteil, das bislang im modernen Staat Israel vollstreckt wurde.

Schwerbehinderte kommunizieren durch Luftstöße

Israelische Wissenschaftler am Weizmann-Institut in Rehovot haben ein neues System entwickelt, mit dem Schwerbehinderte kommunizieren oder Rollstühle bedienen können. Das Hilfsmittel wird anhand gezielter Luftstöße durch die Nase gesteuert.



Foto: Weizmann-Institut

Die Testpersonen waren zufrieden mit der neuen Technologie für Rollstuhlfahrer

Das Gerät kann Veränderungen des Luftdrucks in der Nase identifizieren und in elektrische Signale übersetzen, teilte das Weizmann-Institut mit. Gedacht ist das Hilfsmittel für Querschnittsgelähmte und Patienten mit dem Locked-In-Syndrom. Letztere sind zwar bei vollem

Bewusstsein, aber sie sind vollständig gelähmt und so in ihren Körpern eingeschlossen, dass sie sich praktisch nicht mitteilen können. Meistens sind sie jedoch noch in der Lage, gezielt Luftstöße durch die Nase zu geben.

Das System wurde sowohl an gesunden als auch an querschnittsgelähmten Personen getestet. Ihnen gelang es, Texte zu schreiben, einen Rollstuhl über einen komplizierten Weg zu navigieren und ein Computerspiel mit fast derselben Geschwindigkeit zu spielen, wie mit einer Maus oder einem Joystick.

Für die Steuerung eines Rollstuhls wurde ein spezieller Luftstoß-Code festgelegt. So bedeuten zum Beispiel zwei aufeinander folgende Einatemzüge „vorwärts“ und zwei aufeinander folgende Ausatemzüge „rückwärts fahren“. Nach einer Übungszeit von 15 Minuten gelang es einem querschnittsgelähmten Tester, eine komplizierte Strecke mit scharfen Kurven so gut abzufahren, wie eine gesunde Testperson.

Professor Noam Sobel, einer der Entwickler des Hilfsmittels, war vor allem von den Tests begeistert, die mit vom Locked-In-Syndrom betroffenen Menschen durchgeführt wurden: „Mit dem

neuen System waren sie in der Lage, mit Familienmitgliedern zu kommunizieren und auch von selbst in Kommunikation mit der Außenwelt zu treten. Einige schrieben ergreifende Mitteilungen an ihre Lieben und teilten ihnen, zum ersten Mal seit langer Zeit, ihre Gedanken und Gefühle mit.“ ||

DANA NOWAK

Polen und Israelis planen Gedenkstätte

Im ehemaligen Vernichtungslager Sobibór soll eine Gedenkstätte entstehen. Dabei arbeiten Polen und Israelis zusammen. In dem KZ wurden während der NS-Zeit etwa 160.000 Juden ermordet.

Zu den Initiatoren gehören der Rat zum Schutz des Gedenkens an Kampf und Martyrium der Republik Polen, das israelische Diasporaministerium und das Außenministerium. Die professionelle Beratung übernehmen Vertreter der Jerusalemer Holocaustgedenkstätte Yad Vashem. Die Slowakei und die Niederlande unterstützen das Projekt.

Das Vernichtungslager Sobibór ist nach dem Zweiten Weltkrieg verfallen. Deshalb soll zunächst durch Grabungen die genaue Lage der Gaskammern ermittelt werden. Dann planen die Beteiligten eine internationale Ausschreibung für das Gebäude, in dem die Gedenkstätte eingerichtet werden soll. Für das Projekt sind 6 Millionen Euro veranschlagt. Das Zentrum soll bis zum Oktober 2013 fertiggestellt werden - dann jährt sich zum 70. Mal ein Häftlingsaufstand in dem Nazilager.

Das Vernichtungslager Sobibór befand sich südöstlich der polnischen Hauptstadt Warschau. Hier starben bis zu 250.000 Menschen. Derzeit steht in Deutschland John Demjanjuk vor Gericht - ihm wird vorgeworfen, als Aufseher in dem KZ an der Ermordung von 27.900 Juden beteiligt gewesen zu sein. Der Angeklagte streitet dies ab.

ELISABETH HAUSEN

Das Heilige Land aus der Luft

Ein neuer Bildband zum Heiligen Land verknüpft historische und aktuelle Landkarten, Bilder von Grabungsstätten sowie erklärende Texte. Die Verfasser dokumentieren Orte, die Juden, Christen oder Muslimen heilig sind. Exkurse zu Themen wie "Klöster" oder "Die Kreuzzüge" vervollständigen das Buch.

"Wir werden in diesem Buch den Spuren jener frühen Kundschafter folgen und die drei Regionen des 'Gelobten Landes' erforschen", schreiben die Autoren des Bildbandes "Das Heilige Land aus der Luft" unter Anlehnung an die biblische Überlieferung. Entsprechend ist das Buch nach geographischen Aspekten gegliedert. In der Einleitung zeichnen sie die Geschichte der Region von 2000 vor bis 1300 nach Christus nach. Nähere Erklärungen finden sich bei den zahl-

reichen Abbildungen zu den einzelnen Stätten. Der mit Sorgfalt gestaltete Luftbildatlas kann dem Leser einen tieferen Einblick in das Gebiet vermitteln, das im Zentrum der biblischen Schilderung steht. ||

ELISABETH HAUSEN



256 S. mit ca. 240 Farbfotos und ca. 50 Karten, ISBN 978-3-89678-821-4

John Bowker, Sonia Halliday, Brian Knox, Das Heilige Land aus der Luft. Atlas der historischen Stätten, Aus dem Englischen von Michael Haupt, Primus,

Jerusalem

Hauptstadt des Staates Israel?



Werden Menschen auf der Straße gefragt, sind die Antworten unsicher: „Tel Aviv? Jerusalem? Oder?“ Vor dreißig Jahren hat ein Beschluss im israelischen Parlament die Frage endgültig beantwortet. Festgelegt wurde, dass Jerusalem die Hauptstadt Israels ist, vollständig und unteilbar. So heißt es im „Jerusalem-Gesetz“ vom 30. Juli 1980. Bereits in einer Erklärung vom Januar 1950 wurde vor sechzig Jahren Jerusalem zur Hauptstadt Israels bestimmt. Wobei Ostjerusalem und die geschichtsträchtige Altstadt seit dem ersten Nahostkrieg 1948 jordanisch besetzt waren. Das jüdische Viertel lag zerstört. Der jüdische Friedhof am Ölberg war teilweise verwüstet. Die bedeutsame Westmauer des Tempelberges, bekannt als „Klagemauer“, war für Juden nicht zugänglich. Jerusalem war eine mit Stacheldraht und Blockaden geteilte

ratum“, als Sondergebiet, prinzipiell der UNO unterstellt. Das freilich hatte vor Ort keine Seite akzeptiert.

Nach der Eroberung der Altstadt und Ostjerusalems im Sechstage-Krieg 1967 wurde die israelische Verwaltung rasch auf das ganze Stadtgebiet erweitert. Die nun ungeteilte gesamte Stadt Jerusalem umfasste ein Gebiet von etwa 44 Quadratkilometern. Am 27. Juni bestimmte die Knesset, dass das künftige Stadtgebiet auf 113 Quadratkilometer ausgedehnt wird und die Stadt nicht zur Verhandlung steht. Am 29. Juni 1967 fand die offizielle Vereinigungsfeier statt.

1980 schließlich wurde das „Jerusalem-Gesetz“ verabschiedet. „Das Gesetz erntete internationale Ablehnung. Selbst die USA, Schutzengel Israels im Sicherheitsrat der UN, enthielten sich dort einer Abstimmung, die Israel wegen des Gesetzes



Foto: Israelnetz

Stadt. Dessen ungeachtet war die ganze Stadt im Bewusstsein vieler Juden die Hauptstadt des Landes. Viel zu stark waren die Traditionen, die das jüdische Volk seit biblischen Zeiten mit Jerusalem verbinden. Gerade in den Jahrzehnten des babylonischen Exils und den Jahrhunderten der Zerstreuung war Zion Haltpunkt des Glaubens, Mittelpunkt der Gedanken, Zielpunkt der Hoffnungen.

Vor mehr als dreitausend Jahren ließ König David die damals schon alte Jebusiterstadt erobern. Er bestimmte den Ort an der Nahtstelle nördlicher und südlicher Stammesgebiete zum politischen und religiösen Zentrum. Auf einer Höhe oberhalb der Davidsstadt wurde durch König Salomo der Tempel errichtet. Über die Jahrhunderte hinweg war Jerusalem die Hauptstadt Israels. Fremde Eroberer und Herrscher nahmen die Stadt in Besitz, aber nahmen sie nicht zur Hauptstadt. Die Griechen und die Römer kamen und gingen. Die arabischen Heere überannten Jerusalem, prägten sie islamisch, aber regierten doch lieber vom wasserreichen Damaskus aus. Als 1099 der erste Kreuzzug das Heilige Land erreichte, wurde das „Königreich Jerusalem“ gegründet. Doch es blieb eine Episode der Geschichte. Es gehört zu den Merkwürdigkeiten, dass die europäischen Kaiser bis zum Ende der Habsburger Monarchie 1918 auch den Titel „König von Jerusalem“ trugen, obwohl sie dort nie etwas zu sagen hatten.

In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg strömten Juden aus Europa ins britisch besetzte Palästina und selbstverständlich nach Jerusalem. Mit dem UN-Beschluss nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde 1947 Jerusalem als „corpus sepa-

verurteilte. Dreizehn Botschaften, die bis dahin in Jerusalem ausgehalten hatten, zogen empört nach Tel Aviv um, darunter die Vertretung der Niederlande, des einzigen europäischen Staates, der in Jerusalem seine Botschaft eingerichtet hatte. Lediglich zwei lateinamerikanischen Staaten, Costa Rica und El Salvador, unterhielten bis zum Jahr 2006 eine Vertretung in Jerusalem. Sie zogen nach dem Zweiten Libanonkrieg ebenfalls nach Tel Aviv um.“ Das schreibt der Buchautor Gil Yaron. Als ein Zeichen christlicher Verbundenheit mit der heiligen Stadt und Zustimmung zum Jerusalem-Gesetz wurde die „Internationale Christliche Botschaft Jerusalem (ICEJ)“ gegründet, mit aktiven Zweigstellen in fast 80 Nationen. Anzumerken ist, dass trotz des „Jerusalem-Gesetzes“ die Stadt eine gesplittene Einheit geblieben ist. Doch dieses Schicksal teilt Israels Hauptstadt mit vielen Metropolen der Welt.

So ist Jerusalem heute das, was der Prophet Sacharja folgendermaßen beschrieb: „Siehe ich will Jerusalem zum Taumelbecher zurichten für alle Völker ringsumher.“ (Sach. 12,2a). Die Stadt in den jüdischen Bergen ist ein Problem für die Staaten im Nahen Osten rings um Israel. „Zur selben Zeit will ich Jerusalem machen zum Laststein für alle Völker. Alle, die ihn wegheben wollen, sollen sich daran wund reißen.“ (Sach. 12,3a). In den vergangenen dreißig Jahren ist dieser Stein des Anstoßes größer geworden. Jerusalem ist ein schwerer Brocken für die Welt von heute. 1988 erklärte die PLO Jerusalem zur Hauptstadt für den Staat Palästina. Die aktuelle Diskussion um eine Zweistaatenlösung bringt die Jerusalemfrage wieder auf den Tisch. Teilungspläne und Grenzen werden diskutiert. || Egmond Prill

Reisen

Israel-Reise „Herbst-Spezial“

9./10. bis 20./21. Oktober 2010



Wenn erste Nachfröste Deutschland und die Schweiz heimsuchen, erleben Sie spätsommerliche Tage in Israel. Die gemeinsame Reise beginnt mit freien Tagen am Toten

Meer. Zeit zur Erholung, für interessante Abendthemen und Andachten. Es folgen Tage am See Genezareth mit Besuchen an biblischen Stätten in Galiläa und auf dem Golan. Die Reise führt schließlich nach Jerusalem, der Hauptstadt des Staates Israel.

Reisezeiten

Flug ab/an Frankfurt: 9.-20. Oktober 2010
Flug ab/an Zürich: 10.-21. Oktober 2010

Informationen/Anmeldung

Israelnetz | Postfach 1869 | 35528 Wetzlar
Telefon (06441) 915 151
info@israelnetz.com

Eine Reise von Schechinger Tours in Zusammenarbeit mit dem Christlichen Medienverbund KEP.



Israel-Erlebnisreise

„Unterwegs in biblischen Landschaften“
3.-17. September 2011

Erleben Sie zwei entspannte Wochen in Israel. Auf fünf Stationen entdecken Sie Neues und Bekanntes im Heiligen Land. Unsere Ziele: Netanja | See Genezareth | Totes Meer | Eilat | Jerusalem. Begegnungen u.a. mit Johannes Gerloff.

Eine Reise des Christlichen Medienverbundes KEP und der Stiftung Marburger Medien unter der Leitung von Wolfgang Baake und Jürgen Mette.

Informationen/Anmeldung

Christlicher Medienverbund KEP
Steinbühlstraße 3 | 35578 Wetzlar
Telefon (06441) 915 151 | info@kep.de

Der Versand der Anmeldeunterlagen erfolgt ab Oktober 2010.

Mit Israelnetz ins Heilige Land

4.-16. Mai 2011

Kommen Sie mit nach Israel. Erleben Sie das Land in der schönsten Jahreszeit: Tage am See Genezareth und in Galiläa, der Heimat Jesu. Am Staatsgründungstag „Jom Ha'Atzmaut“ feiern wir mit den Israelis in der wunderbar gelegenen Stadt Haifa am Mittelmeer. Eilat am Roten Meer und die Wüste Negev, das Tote Meer und Qumran stehen im Reiseplan. Tage in Jerusalem runden diese besondere Israelreise ab.



Natürlich gehören Andachten, Abendthemen und Begegnungen zum Programm.

Reiseleitung und Begleitung: Egmond Prill

Informationen/Anmeldung

Israelnetz | Postfach 1869 | 35528 Wetzlar
Telefon (06441) 915 151
info@israelnetz.com

Eine Reise von Schechinger-Tours in Zusammenarbeit mit dem Christlichen Medienverbund KEP e.V.

Veranstaltungen

Israel-Tage „Schönblick“

Biblische Prophetie / aktuelles Weltgeschehen
17. - 21. September 2010

Bibelarbeiten und Vorträge von Egmond Prill, Otto Schaude, Dr. Peter van der Veen.

Informationen/Anmeldung

Christliches Gästezentrum Württemberg
Willy-Schenk-Straße 9 | 73527 Schwäbisch Gmünd | Telefon (07171) 9707-0
kontakt@schoenblick-info.de

Israel-Tage in Jonsdorf

„Israel, Islam und die Christen“
18. - 21. November 2010

Der lebendige Gott, in Liebe und Treue seinem Volk verbunden, hat Israel getragen und der Welt zum Segen gesetzt. Es geht um die Lage des Staates Israel und die Konflikte zwischen Nil und Euphrat mit ihren politischen Ursachen und religiösen Prägungen. Bibelarbeiten und Vorträge von Egmond Prill.



Anfragen / Anmeldung

Christliche Ferienstätte HAUS GERTRUD
Großschönauer Straße 48
02796 Kurort Jonsdorf
Telefon 03 58 44 / 735-0
info@haus-gertrud.de

Israelreport

Ja, ich bestelle kostenlos den Israelreport.

Der Israelreport erscheint sechsmal jährlich kostenlos zusammen mit dem Christlichen Medienmagazin pro.

Bitte senden Sie mir den werktäglichen E-Mail-Newsletter von Israelnetz. (Bitte E-Mail-Adresse angeben!)

Name

Anschrift

PLZ | Ort

E-Mail

